

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 05.12.2017, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Margot Grüterich
Bernd-Eric Hoffmann
Ralf-Udo Krapp
Arnold Müller
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Udo Schäfer
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Heide Nahrgang
Dr. Jörg Weber

als Vertreter für Frau Kötter
als Vertreter für S. Schlüter

Beratende Mitglieder

Thomas Lorenz

von der Verwaltung

Ulrich Dippel
Jürgen Funke
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein
Frank Nipken
Katja Oelschläger
Volker Uellenberg

Schriftführerin

Tanja Kettler-Grabert

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Rosemarie Kötter
Sebastian Schlüter

Beratendes Mitglied

Dr. Axel Michalides

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

- | | | |
|------|---|--------------|
| 1. | Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses am 21.11.2017 (öffentlicher Teil) | |
| 2. | Verbesserung des Breitbandausbaus | BV/0497/2017 |
| 3. | Beitritt zur neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ | BV/0514/2017 |
| 4. | Beantragung Förderung Studie Gebiete Karthausen / westliches Stadtgebiet im Rahmen Fördermaßnahme KFW 432 | BV/0516/2017 |
| 5. | Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße/ Oderstraße/ Vorm Holte | BV/0517/2017 |
| 6. | Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2018 | BV/0445/2017 |
| 7. | Haushalt 2018 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 | BV/0510/2017 |
| 7.1. | Haushaltsbegleitantrag Erläuterungen zu Abweichungen im Haushalt (Antrag der AL-Fraktion vom 30.11.2017) | AN/0195/2017 |
| 7.2. | Haushaltsbegleitantrag bzgl. Instandsetzung Gemeindestraßen (Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017) | AN/0190/2017 |
| 7.3. | Eigenkapitalaufstockung (Anfrage der AL-Fraktion vom 01.12.2017) | AF/0043/2017 |
| 8. | Mitteilungen und Fragen | |

(Öffentlicher Teil)**1. Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses am 21.11.2017 (öffentlicher Teil)**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

Wie in dieser Niederschrift angekündigt, führt Herr Funke ergänzend auf, wie die Mehrkosten bezüglich der Küchen (TOP 2 Umbau Untergeschoss GGS Stadt zur KiTa (Nr. 253)) zustande gekommen sind und verteilt hierzu eine Tischvorlage, die dem Protokoll beigelegt ist.

Herr Funke führt hierzu aus, dass im Haushalt eine Küche einfacher Ausstattung eingestellt wurde. Nach notwendiger Rücksprache mit dem Landesjugendamt und dem Kreisveterinäramt kam es zu erheblichen Auflagen (z. B. Einhaltung von Wärme- und Kühlkette), die zu erheblichen Kostensteigerungen führten.

2. Verbesserung des Breitbandausbaus**BV/0497/2017**

Um eine Förderung zu erhalten, war ein Nachweis der Unterversorgung zu erbringen. Es wird eine Förderung in Höhe von 7,023 Mio. Euro angestrebt. Die Beträge sind in den Haushaltsplanentwurf (Veränderungsliste) eingestellt worden.

Herr Ullmann stellt die Formulierung des Beschlusses in Frage und macht deutlich, dass man einen Beschluss nicht für ggf. zukünftig eintretende Dinge abstimmen kann. Ohne den Inhalt des Masterplanes zu kennen, könne man den Beschluss so nicht fassen.

Herr Hoffmann und Herr Stark schließen sich diesen Einwänden an.

Herr Nipken betont, dass der Masterplan noch erstellt werden muss, es aber hier um einen Bestandteil der Förderung geht.

Herr Ebbinghaus erwidert hierzu, dass man sich nach seiner Meinung strafbar mache, wenn der Beschluss so zur Abstimmung gebracht wird und unterstreicht, dessen Inhalt nicht bekannt ist. Er begrüßt die Behebung der sogenannten „weißen Flecken“, möchte aber diesem Beschluss so nicht zustimmen.

Herr Hoffmann schlägt vor, die Formulierung „gut geheißen“ im Beschlussentwurf zu streichen und zusätzlich eine Frist aufzunehmen, bis wann der Masterplan fertig gestellt werden soll.

Der Ausschuss einigt sich letztlich auf folgende Umformulierung des ersten Absatzes des Beschlussentwurfes:

Die Breitbandversorgung in Radevormwald soll verbessert werden. Der noch zu erstellende Masterplan für 2017 wird dem Rat der Stadt vorgestellt.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgendes zu beschließen:

Die Breitbandversorgung in Radevormwald soll verbessert werden. Der noch zu erstellende Masterplan für 2017 wird dem Rat der Stadt vorgestellt.

Die Stadt Radevormwald stimmt einem entsprechenden Förderantrag auf Basis der Sachverhaltsschilderung gemäß den Richtlinien „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ auf der Basis der Antragstellung vom 29.09.2017 unter Einbindung der Co-Finanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen zu. Eine Eigenbeteiligung für die Stadt Radevormwald entfällt wegen der entlastenden Eigenschaft einer finanzschwachen Kommune. Darüber hinaus wird einer Berücksichtigung der Mittel in Höhe von 7.023.000,00 € für den Haushalt 2018 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Beitritt zur neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ BV/0514/2017

Bevor Frau Oelschläger die Verwaltungsvorlage ergänzend ausführt, erklärt Herr Stark bezüglich dieses Tagesordnungspunktes befangen zu sein und sich bei einer Abstimmung zu enthalten.

An dieser Stelle fragt der Bürgermeister, ob sich noch jemand als befangen zu diesem oder einem weiteren Tagesordnungspunkt erklärt. Die Ausschussmitglieder verneinen dies, es liegt keine weitere Befangenheitserklärung vor.

Herr Hoffmann bemerkt an dieser Stelle, dass 1.000 € nicht unangemessen seien, möchte aber ergänzend wissen, welche Vorteile für die Verwaltung durch den Beitritt entstehen.

Frau Oelschläger führt unter anderem auf, dass Inhouse-Vergaben kostenfrei möglich sind.

Herr Klein erklärt hierzu ergänzend, dass zum Beispiel die zentrale Vergabestelle über die „d-NRW“ den Vergabemarktplatz Rheinland für die elektronische Veröffentlichung von Ausschreibungen jetzt schon nutzt.

An dieser Stelle macht Herr Ebbinghaus klar, dass bereits entsprechende Strukturen für Kommunen bestehen wie z. B. mit der Civitec und möchte wissen, ob hier die Zuständigkeiten eindeutig geregelt sind. Er äußert die Sorge, dass durch den Beitritt konkurrierende Zuständigkeiten entstehen.

Herr Müller beanstandet die fehlenden Informationen und möchte über weitere Details informiert werden. Er regt an, dass Informationen nachgereicht werden und der Beschluss in der nächsten Ratssitzung erfolgt.

Der Bürgermeister sagt zu, dass weitergehende Erklärungen in der nächsten Ratssitzung erfolgen werden, jedoch die Abstimmung hier erfolgen sollte.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, dass die Stadt Radevormwald der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR beitrifft und ein Stammkapital in Höhe von 1.000,00 € zeichnet.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen (6 CDU; 2 SPD, 2 UWG, 1 Grüne, 1 FDP, 1 Pro Deutschland)
1 Nein-Stimmen (SPD)
3 Enthaltungen (SPD, AL, fraktionslos)

4. Beantragung Förderung Studie Gebiete Karthausen / westliches Stadtgebiet im Rahmen Fördermaßnahme KFW 432 BV/0516/2017

Herr Nipken erörtert die Verwaltungsvorlage.

Frau Pech-Büttner wendet ein, dass auch hier keine Abstimmung erfolgen kann, da noch gar nicht klar sei, wie groß das Gebiet ist.

Herr Ebbinghaus möchte wissen, ob eine Mehrheitsbeteiligung reicht und ob die Struktur der Stadtwerke eine Rolle spielt. Nach den Zuwendungsbestimmungen ist nur die Kommune antragsberechtigt. Sie darf die Förderung durchreichen, wenn eine unmittelbare und mittelbare Beteiligung von mindestens 25 % vorliegt, führt Herr Nipken hierzu aus.

Herr Hoffmann bestätigt eine positive Sichtweise der UWG-Fraktion. Er hinterfragt jedoch, wie dies umgesetzt werden soll und ob es darüber hinaus Vorschläge seitens der Verwaltung gibt.

Hierzu führt Herr Nipken aus, dass dies ein Teil des in Arbeit befindlichen Masterplanes ist und z. B. in diesem Gebiet die Verlegung von Leerrohren für die Breitbandversorgung geplant ist.

Zudem betont Frau Pech-Büttner, dass man auch diesen Beschluss heute nicht fassen kann, da das Gebiet Karthausen nicht beschlossen ist.

Herr Nipken betont, dass es um eine Untersuchung geht, die die Möglichkeit zeitgemäßer ökologischer Baugebietsschaffung. Der Beschluss hat mit dem Baugebiet nichts zu tun.

Herr Volker Uellenberg erklärt, dass es sich um einen Auftrag der Stadtwerke handelt, die Stadt öffnet hier lediglich Förderkulissen und ist nicht in der Verantwortung.

Der vorgeschlagenen Verfahrensweise von Herrn Stark, dass man bis zur nächsten Ratssitzung mehr Details sammelt und diese dann in der Ratssitzung bekannt gibt und die Abstimmung im Rat erfolgt, stimmen alle zu.

5. Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße/ Oderstraße/ Vorm Holte BV/0517/2017

Herr Klein führt aus, dass die Wasserturmstraße auf der Grundlage eines Beschlusses des Bauausschusses als Mischverkehrsfläche ausgebaut wird. Eine solche Fläche ist in der Beitragssatzung nicht vorgesehen. Insofern bedarf es einer sogenannten Einzelsatzung. Für den Ausbau der Wasserturmstraße werden Erschließungsbeiträge erhoben.

Herr Ebbinghaus versteht das Verfahren nicht und betont, dass Mischflächenausbau ja nicht nur in der Wasserturmstraße vorkommt und will wissen, warum nicht die generelle Satzung geändert wird.

Hierzu führt Herr Klein aus, dass es in Radevormwald das erste Mal ist, dass Mischflächen abgerechnet werden. Die Satzung muss aufgrund noch anderer anstehender Änderungen ergänzt werden. In diesem Zusammenhang wird man dies dann auch in die neue Satzung aufnehmen.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Abweichungssatzung zur Festsetzung der Mischflächen als Merkmal der endgültigen Herstellung für die Erschließungsanlage Wasserturmstraße / Oderstraße / Vorm Holte, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Erlass einer Hebesatz - Satzung für das Jahr 2018 BV/0445/2017

Herr Volker Uellenberg erläutert die Verwaltungsvorlage und erklärt, dass diese Hebesätze in der Haushaltssatzung wieder zu finden sind.

Herr Ullmann möchte wissen, wie die unterschiedliche prozentuale Verteilung der Hebesätze zustande kommen, diese sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Uellenberg erklärt hierzu, dass die Hebesätze und die Steigerungen 2011 bereits im Rat beschlossen wurden und sie nun lediglich in eine Satzung gefasst werden.

Auf die Frage seitens Herrn Schäfer, ob der Rat dies auch ablehnen kann erklärt Herr Uellenberg, dass dies so möglich ist.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die nachfolgende Hebesatz-Satzung für das Jahr 2018 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
2 Enthaltungen (1 pro Deutschland, 1 Ullmann)

7. Haushalt 2018 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 BV/0510/2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen 3 Begleitanträge vor, die zunächst besprochen werden.

Danach erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Haushaltssatzung 2018 und das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2022 in der von der Verwaltung als Tischvorlage vorgelegten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
2 Enthaltungen (1 AL, 1 Pro Deutschland, 1 fraktionslos)

**7.1. Haushaltsbegleitantrag Erläuterungen zu Abweichungen AN/0195/2017
im Haushalt (Antrag der AL-Fraktion vom 30.11.2017)**

Herr Ebbinghaus führt näheres zu dem Antrag der AL-Fraktion aus und kritisiert, dass keine weiteren Erläuterungen vorgelegt werden. Zudem betont er, dass mehr Transparenz erforderlich ist, damit Abweichungen besser geklärt werden können. Es wird gefordert, dass Abweichungen von +/- 20 % erklärt werden.

Hierzu erklärt Herr Stark, dass bereits im letzten Haupt- und Finanzausschuss angekündigt wurde, dass die SPD einen Begleitantrag hierzu einreichen wird. Er bittet die Abstimmung zu diesem TOP in den Rat zu verlegen, da im anschließenden Ältestenrat die Anträge der SPD noch erörtert werden müssen und die SPD somit an dieser Stelle nicht abstimmen kann.

Herr Hoffmann unterstützt den Antrag, da er für Controlling in der Haushaltsführung ist und bejaht die Verschiebung in den Rat.

**7.2. Haushaltsbegleitantrag bzgl. Instandsetzung Gemeindestraßen AN/0190/2017
(Antrag der AL-Fraktion vom 28.11.2017)**

Herr Ebbinghaus nimmt Stellung zu dem Antrag der AL-Fraktion.
In diesem Zusammenhang erklärt Herr Nipken, dass die Haushaltsposition 5. Und 2. Instandsetzung Gemeindestraßen geringer als in den Vorjahren angesetzt wurden. Es hat sich gezeigt, dass die Sanierungsarbeiten vom Umfang her nur in diesem geringeren Umfang abzarbeiten sind.

Herr Busch hebt hervor, dass so kein Beschluss gefasst werden kann, da nicht feststeht, wie an dieser Stelle weiter verfahren wird. Es werden zusätzliche Informationen benötigt.

Herr Weber betont, dass Herrn Nipkens Erklärungen nachvollziehbar seien, warum der Haushaltsansatz herab gesetzt wurde.

Die Abstimmung dieses Beschlusses wird in die nächste Ratssitzung verschoben.

**7.3. Eigenkapitalaufstockung (Anfrage der AL-Fraktion vom AF/0043/2017
01.12.2017)**

Herr Ebbinghaus führt den Antrag der AL-Fraktion aus und möchte wissen, wieso die Zahlen der Position 500320 im Haushaltsplan im Vergleich zum Wirtschaftsplan differenzieren.
Herr Nipken weist darauf hin, dass die zutreffenden Beträge in die Veränderungsliste aufgenommen wurden.

Frau Pizzato weist darauf hin, dass die Rückübertragung des Projektes Nordstraße noch nicht beschlossen wurde, aber im Haushaltsplanentwurf aufgeführt ist.

Herr Nipken stimmt dem zu und bestätigt, dass dies noch vom Rat beschlossen werden muss.

Herr Ebbinghaus möchte wissen, ob diese Vorgehensweise ggf. nachteilig für die Stadt sein kann.

Hierzu erklärt Herr Nipken, dass die Fördermaßnahme noch mit dem zuständigen Ministerium besprochen wird.

Herr Mans erklärt die Abweichung im Stellenplan von 0,07 Stellen und betont, dass das Bemühen hier war, eine vernünftige Balance zu schaffen. Der Klimamanager und das InHK wurden in den Stellenplan mit eingearbeitet.

Frau Pizzato merkt an, dass die Stelle für den Klimamanager noch nicht beschlossen wurde. Auch hier erklärt Herr Mans, dass die Stelle im Haushaltsplanentwurf aufgeführt werden musste.

8. Mitteilungen und Fragen

Herr Ullmann erkundigt sich, ob ein Ergebnis vorliegt auf seine bereits im letzten Haupt- und Finanzausschuss gestellte Frage betreffend die Auflösung von Pro Deutschland und deren Auswirkungen auf die Ratsmandate.

Zudem stellt er die zusätzliche Frage, ob die Civitec eine Meldung abgegeben hat, warum das Ratsinformationssystem am vergangenen Wochenende ausgefallen ist.

Beide Fragen beantwortet Herr Mans mit Nein.

(Mittlerweile eingetroffene Antwort des Städte- und Gemeindebundes:

„Die Auflösung der Partei „pro Deutschland“ hat keine Auswirkungen auf den Rat bzw. die ehemaligen Parteimitglieder, die Mitglied des Rates sind.

Vielmehr behalten die Ratsmitglieder der ehemaligen Partei „pro Deutschland“ – unabhängig von ihrem Parteistatus – ihre gewählten Mandate. Dasselbe gilt für sachkundige Bürger/innen. Ebenso ist weder der Sitz im Ausschuss noch das Stimmrecht an den jeweiligen Fraktions-/Parteistatus gebunden. Wenn zu Beginn der Wahlperiode im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlags die Ratsmitglieder in die Ausschüsse gewählt wurden, bleiben sie dort solange, bis sie aus dem jeweiligen Ausschuss zurücktreten.“)

Herr Ebbinghaus möchte wissen, um was für Bauarbeiten es sich östlich der Kaiserstraße handelt.

Diese Frage kann seitens Herrn Dippel nicht beantwortet werden, da es sich um eine Maßnahme der Stadtwerke handelt.

Herr Mans berichtet, dass heute ein Vergleich in Sachen Dach Wülfing erfolgt ist. Der bisherigen Anwältin Frau Diercks-Oppler wurde vor der heutigen Vergleichsverhandlung das Mandat entzogen. Der neue Anwalt Herr Rechtsanwalt Boesen hat hier einen guten Abschluss erwirkt, die genauen Zahlen werden im nicht öffentlichen Teil berichtet.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass man in diesem Fall rekonstruieren sollte, wo und an welchen Stellen und in welchen Beschlüssen Fehler passiert sind, damit zukünftig besser und vorsichtiger mit Beratern umgegangen werden kann.

Herr Mans stimmt dem zu und betont, dass es so ein Verfahren wie hier nicht noch einmal geben darf.

Herr Müller erkundigt sich, warum die SPD nichts von diesem Termin bei Gericht erfahren hat bzw. die Fraktion nicht hiervon unterrichtet wurde.

Hier erfolgt die Rückmeldung von allen anderen Ausschussmitgliedern, dass der Termin mehrfach bekannt gegeben wurde, zuletzt im Rechnungsprüfungsausschuss und diese Information auch noch öffentlich in der Zeitung stand.

Ende öffentlicher Teil um 18.25 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Tanja Kettler-Grabert
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter